

Herausforderungen
an Präsident
Barack Obama

Im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel

Christian Hacke

Der nächste Präsident der USA erbt eine Fülle von Problemen, die weitaus schwieriger und komplexer sind als die Aufgaben, die die meisten seiner Vorgänger im zwanzigsten Jahrhundert bewältigen mussten: Er steht immer noch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, und es wird von ihm erwartet, die beiden Kriege im Irak und in Afghanistan zu gewinnen. Ferner ist er mit der prekären Instabilität des Atomwaffenstaates Pakistan sowie mit den Nuklearambitionen des Iran konfrontiert. In den Beziehungen zu Russland droht ein neuer Kalter Krieg, die Beziehungen mit den europäischen Verbündeten stehen unter hohem Erwartungsdruck, und die Stabilität des Nahen Ostens leidet mehr denn je unter der anhaltenden palästinensisch-israelischen Konfrontation. Doch damit nicht genug: Abseits der militärischen Belastungen und Herausforderungen verlangt die schwere Banken- und Finanzkrise zugleich innen- und außenpolitisches Management. Die Rolle der USA als Weltordnungsmacht ist also auch unter ökonomisch-finanziellen Vorzeichen auf das Äußerste gefährdet. Glaubwürdigkeit, Handlungsspielraum, Einfluss und Ansehen der USA sind folglich an einem Tiefpunkt angelangt wie zu keinem Zeitpunkt des zwanzigsten Jahrhunderts. Wie kann, wie wird Präsident Obama auf diese Krise reagieren? Er wird zuallererst versuchen, nationale Einheit und Stärke wiederzugewinnen. Ironischerweise wäre er ohne die katastrophale Politik von George W. Bush nie Präsident geworden. Ohne die über-

wältigende Ablehnung Bushs hätte sich der Enthusiasmus für Obama nicht entfalten können. Beides bedingt sich, doch lässt sich Bushs Versagen nicht einfach zum Vorteil für Präsident Obama umsetzen. Jetzt muss Obama durch aktive Krisenbewältigung überzeugen. Was heißt das im Einzelnen?

Amerikanische Erfolgsgeschichte

Zunächst ist *nation building* im eigenen Land vonnöten. Obama wird sich sofort den immensen innenpolitischen Problemen zuwenden: Wirtschaftlich muss er reformieren, politisch muss er einigen, militärisch muss er überzeugen, und gesellschaftlich muss ihm die Wiederbelebung der amerikanischen Ideale gelingen. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung glaubt mit Obama ungebrochen an die amerikanische Erfolgsgeschichte und an die Wiederherstellung des amerikanischen Vorbilds für die Welt. Umgekehrt versteht sie gerade Obamas Erfolgsgeschichte als Beleg für die anhaltende Faszination des *American Dream*.

Dabei kommt ihm entgegen, dass sein Weltbild die anspruchsvollsten Facetten des *American Dream* widerspiegelt und er wie kein Zweiter diesen uramerikanischen Mythos beschwört und bedient, denn er tut dies intelligenter als sein Vorgänger: Statt simplifizierender Freund-Feind-Kategorien setzt Obama auf Gemeinsamkeit, national und international, verzichtet also auf ein manichäisches Weltbild und postuliert stattdessen ein kreatives Miteinander, ganz im Rückgriff

auf sein großes Vorbild Präsident Abraham Lincoln. Auch für Obama bleibt die Rolle der USA in der Welt eine singuläre Erfolgsgeschichte, an die es wieder anzuknüpfen gilt.

Aber ist das möglich? War die Ära Bush lediglich ein Ausrutscher in der Erfolgsgeschichte der USA, oder hat Bush die Struktur der USA derart negativ verändert, dass ein Niedergang unvermeidlich ist? Hinterlässt Präsident Bush lediglich einige Dellen am amerikanischen Straßenkreuzer auf den Pfaden der Weltpolitik, oder ist der Lack ab? Hat Bush einen Totalschaden verursacht, oder ist noch Reparatur möglich?

„Was gut ist für General Motors, ist gut für Amerika!“, erklärte einst stolz der Vorstandsvorsitzende aus Detroit. Heute erscheint diese schicksalhafte Verknüpfung des amerikanischen Gemeinwohls mit der amerikanischen Autoindustrie in gänzlich anderem Licht. Wird Obama also die katastrophale Situation der amerikanischen Autoindustrie und die weiteren Schäden und Fehler korrigieren können?

Weltweite Verantwortung

Waren die USA bis zu Beginn der Präsidentschaft von George W. Bush der zentrale Problemlöser der internationalen Politik, so mutierten sie spätestens ab 2003 zum Problemfall Nummer eins. Ein Präsident Obama wird folglich alles daransetzen, dass die USA ihr Ansehen und ihre Stärke wiedergewinnen. Persönlich scheint er alle Voraussetzungen mitzubringen, um eine überzeugende Verknüpfung von Macht und Verantwortung, verstanden als demokratische Führungsfähigkeit, wiederherzustellen: Obama wurde gewählt, weil die Amerikaner gerade ihm die Fähigkeit zur Führung in dieser nationalen Existenzkrise zutrauen. Kein Zweiter verkörpert so eindrucksvoll Besonnenheit, Kenntnis, Instinkt und Entschlossenheit, das Land aus dieser schwierigen Lage wieder herauszuführen.

Was heißt das für die zukünftige amerikanische Außenpolitik? Präsident Obama ist vor allem der festen Überzeugung, dass Amerika weiterhin weltweit für Wandel und Fortschritt zu sorgen hat. Er sieht die USA ganz und gar nicht als im unaufhaltsamen Niedergang, sondern ist vielmehr vom Glauben beseelt, dass der größte Teil der Welt sich nach überzeugender amerikanischer Führung sehnt. Er wird also der Wiederherstellung von Amerikas Vormachtstellung seine ganze Aufmerksamkeit widmen, damit erst gar kein Machtvakuum entstehen kann, das andere Großmächte nur gar zu gern auffüllen würden.

Deshalb müssen die USA selbst wie auch Freunde und Partner ein großes Interesse daran haben, dass weder auf globaler noch auf regionaler Ebene alte und neue Rivalen an Einfluss gewinnen. Obama wird sich also nicht nur an nationalen, sondern auch an Bündnisinteressen orientieren und zugleich auch das moralische Wertefundament der amerikanischen Außenpolitik erneuern wollen.

In Obamas Sicht sollen die USA wieder durch zivilisatorische Attraktivität überzeugen. Dazu bedürfen Wirtschaft und Technologie einer forcierten Modernisierung, während gleichzeitig die militärische Stärke beibehalten werden muss. Obama steht nicht nur für *soft power*, das wäre naiv. Er will *soft* und *hard power* neu kombinieren, beides gehört für ihn zusammen.

Diplomatisches Geschick

Obamas machtpolitisches Augenmerk gilt zuerst dem besorgniserregenden Aufstieg der autoritären Mächte Russland und China, die ja nicht nur für die USA, sondern auch für alle freiheitlichen Demokratien eine große Herausforderung darstellen. Weil Russland und China im Aufwind sind und – unausgesprochen – Amerikas Führung bedrohen, müssen die USA ihre eigenen Anstrengungen ver-

doppeln und vor allem Koalitionen gegen die USA verhindern. Folglich wird Präsident Obama Amerikas Koalitionsfähigkeiten, also den Fächer seiner diplomatischen Fähigkeiten, erweitern.

Die Beziehungen zu Russland haben sich gerade im Zuge des Georgienkrieges drastisch verschlechtert. Weil die Regierung Bush den georgischen Präsidenten nicht daran hinderte, einen unverantwortlichen militärischen Angriff zu starten, hat man Russland unfreiwillig neue Möglichkeiten auf dem Kaukasus eröffnet, auf die der Kreml schon lange gewartet hatte, aber nur einen entsprechenden Anlass benötigte. Die USA wurden durch Leichtsinns und Fehlkalkulation eines Verbündeten in diesen Konflikt mithineingezogen, dadurch geopolitisch geschwächt, ja sogar gedemütigt. Kein Wunder, dass die Falken in Washington auf Wiedergutmachung, ja auf Rache sinnen. Aber nichts wäre törichter, als der Verführung nach Konfrontation mit den Russen nachzugeben. Umgekehrt sollte man in der Regierung Obama stärker in Rechnung stellen, dass sich Russland durch eine Vielzahl von amerikanischen Entscheidungen, durch das Drängen auf Unabhängigkeit des Kosovo, durch Unterstützung der ukrainischen Revolution, durch die Entscheidung für Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien und durch weit gesteckte Erweiterungsrunden der NATO bedrängt, bedroht und gedemütigt fühlt. Jegliches Triumphgefühl gegenüber dem Kreml zu vermeiden, das war die kluge Devise von Präsident Bush senior, die nach 1990 in Washington zu oft missachtet wurde. Mehr Sensibilität für die russischen Phobien und Interessen wäre bisweilen angebracht gewesen. Aber grundsätzlich bleibt das autoritäre Russland eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für den freiheitlichen Westen, nicht zuletzt wegen seiner neuen energiepolitischen Stärke. Obama wird deshalb dem Kreml un-

missverständlich klarmachen müssen, dass der Westen auf keinen Fall eine Rückkehr zu imperialer Attitüde hinnehmen wird. Dabei muss Obama nachhaltiger und umsichtiger als seine Vorgänger handeln, denn im Kreml sitzen nicht mehr die Gerontologen früherer Jahre, sondern, seit Putin herrscht, eine machtbewusste autokratische Elite, die mit neuen Machtmitteln und mit überraschender Raffinesse den nationalen Vorteil und die Wiederherstellung des Weltmachtstatus anstrebt.

Taktik gegenüber China

Auch sieht Obama den Aufstieg der Volksrepublik China mit gemischten Gefühlen. Er wird gut beraten sein, China nicht zu dämonisieren, sondern umfassend einzubinden, nicht nur ökonomisch. Die enge wirtschaftliche Verflechtung und die neue finanzpolitische Abhängigkeit der USA von China erfordern viel Fingerspitzengefühl. Die zukünftige Weltmacht ist heute schon der größte Gläubiger der USA. Weil in China und Asien wirtschaftliche Dynamik dominiert, wird sich der weltpolitische Blick von Präsident Obama vermutlich mehr nach Asien als nach Europa ausrichten. Dass China in der G20 auch im Rahmen der Weltwirtschaft mehr Verantwortung übernehmen sollte, wird in Washington klar erkannt. Die „Ein-China“-Politik bleibt wohl gültig, darf aber Taiwans Eigenbestimmung nicht verletzen. Doch wird Obama Chinas aggressive Geopolitik zur Sicherung von Energieressourcen, besonders in Afrika, vermutlich nicht länger hinnehmen. Hier könnten sich neue Konflikte anbahnen, solange Peking seine Unterstützung repressiver Regime wie im Sudan und in Simbabwe fortsetzt. Auch ist es durchaus möglich, dass Präsident Obama in Darfur aktiver handeln und dabei auch eine Aufwertung der UNO ins Auge fassen wird. Die geplante Ernennung von Susan Rice zur UNO-Bot-

schafterin signalisiert, dass Obama der UNO-Politik der USA neue Impulse geben wird, vielleicht auch im Kampf gegen den Terror, der nach Obamas Auffassung sehr viel mehr Engagement der internationalen Staatenwelt bedarf, nicht zuletzt um Amerikas Kosten und Opfer zu verringern. Der Kampf gegen den Terror bleibt bis auf Weiteres das bestimmende Moment der amerikanischen Außenpolitik, und Obama scheint entschlossen, diesen Krieg zu gewinnen.

Es wird sich bei ihm vor allem deshalb mehr außenpolitische Kontinuität zeigen, als heute vermutet wird. Er kann nicht nur Neues schaffen, vielmehr muss er weiter mit der Realität des Terrors rechnen, also Fakten einkalkulieren, die andere geschaffen haben und die sich nicht einfach negieren lassen. Deshalb bleiben dem versprochenen Wandel gerade in der Außenpolitik vermutlich engere Grenzen gesetzt, als derzeit vermutet werden kann: Der Krieg gegen den Terror wird so schnell nicht auf neue Grundlagen und effektivere Bekämpfungsmöglichkeiten umgestellt werden. Die Probleme in Afghanistan, im Irak und in Pakistan bleiben langfristig kaum lösbar. Zu lange wurde zu viel falsch gemacht. Weil Sinn, Zielsetzung und Strategie nebulös bleiben und in keinem Verhältnis zu den laufenden Kosten stehen, werden auch die Verbündeten störrisch und die Gegner gefährlich bleiben. Osama bin Laden ist nach acht Jahren Krieg noch in Freiheit. Der Terrorismus bleibt eine Plage, mit der die übrige Welt noch lange leben muss. Auch andere Probleme werden so schnell nicht verschwinden. So bleibt die Nahost-Problematik auch nach acht Jahren amerikanischer Passivität völlig verfahren. Die Palästinenser bleiben unter sich zerstritten, während Israel in seiner Wagenburg-Mentalität gefangen bleibt. Obama, selbst wenn er es wollte, kann auch dort keine Wunder vollbringen. So bleibt auch in Zukunft der Nahe Osten ein Pulverfass.

Der Iran wird über kurz oder lang Atomkraft, denn es gibt keinen völkerrechtlichen Anspruch und keine nicht-militärischen Mittel, das Land daran zu hindern. Deshalb wird eine Diplomatie der Öffnung schwer zu verwirklichen sein. Obama wird vermutlich einen umfassenderen Ansatz für Verhandlungen mit dem Iran suchen, der nicht nur das iranische Nuklearprogramm, sondern auch Möglichkeiten für gemeinsame Interessen mit einbeziehen wird.

Transatlantische Akzente

Neue Akzente wird Obama auch mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen setzen, um die Zerwürfnisse zu beseitigen, Gemeinsamkeiten wiederzuentdecken und Amerikas Ansehen wiederherzustellen. Umgekehrt blicken die Europäer mit Spannung nach Washington, hoffen doch viele auf neue Führung für den gesamten Westen, um weltpolitischen Einfluss wiederzugewinnen. Obama steht also auch hier unter enormem Erwartungsdruck. Eine neue Lastenteilung erscheint angesagt: Im Fall Afghanistan und Irak sowie mit Blick auf die Herausforderungen in Pakistan und im Iran wird Präsident Obama neue Leistungen der Verbündeten einfordern, insbesondere stärkeres militärisches Engagement. Sowohl die zukünftige Außenministerin Hillary Clinton als auch der alte und neue Verteidigungsminister Gates werden dabei keine einfachen Gesprächspartner sein. Umgekehrt erwarten die Europäer von Washington mehr amerikanische Leistungen beim Klima- und Umweltschutz. Der Erwartungsdruck im atlantischen Verhältnis ist also wechselseitig.

Obamas Äußerungen mit Blick auf den Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere in Afghanistan, Pakistan und im Iran, lassen darauf schließen, dass er geschmeidiger und kooperativer als sein Vorgänger handeln wird. Aber er will den Krieg ge-

gen den Terror gewinnen, vor allem in Afghanistan und unter stärkerer Einbeziehung der Anti-Terror-Bekämpfung auf dem Boden der sehr instabilen Atommacht Pakistan. Es werden also aller Voraussicht nach mehr Forderungen an die Europäer gestellt werden, und es wird für die Europäer jetzt schwerer als in Zeiten der undiplomatischen Rustikalität unter Präsident Bush, Obamas Forderungen abzublocken. Er wird zusammen mit Clinton und Gates nachdrücklicher und überzeugender darlegen, dass heute im Kampf gegen den Terror die gesamte freie Welt mehr Engagement wird zeigen müssen.

Die transatlantischen Beziehungen könnten sich teilweise verbessern, weil Obama mit Blick auf die neuen globalen Fragen Europa und insbesondere Deutschland als Vorbild ansieht. Aber im Kampf gegen den Terror wird es zu massiven Konflikten kommen, sodass ein Weg zurück in die alte Vertrautheit unwahrscheinlich ist. Nicht Restaurierung, sondern konstruktive Neugestaltung mit mehr Verständnis für die Interessen auf der anderen Seite des Atlantiks ist auf beiden Seiten gefragt, wobei sich die alten Europäer zum Beispiel mit ihrer Ablehnung des Irakkrieges durchaus in Übereinstimmung mit Obama befinden. Das wird er auch zu würdigen wissen, wird aber genauso selbstbewusst darauf dringen, nun zur Rettung des Irak wie auch mit Blick auf Afghanistan nicht länger beiseitezustehen, sondern die eigenen Leistungen zu erhöhen. Dabei wird Deutschland über kurz oder lang seine militärischen Leistungen in Afghanistan erhöhen, seine militärische Mitarbeit im Süden ausweiten und seine weiteren vielfältigen Vorbehalte aufgeben müssen. Mit Blick auf die nicht militärischen Herausforderungen hat Europa an Gewicht und Ansehen in den USA gewonnen, nicht zuletzt bei Obama. Hier können die Europäer der neuen Administration auf Augenhöhe begegnen. Vielleicht wird ja ein neuer Mix in

der transatlantischen Interessenverflechtung möglich: Mehr *hard power* muss aus Europa kommen, und mehr *soft power* müsste in Washington entwickelt werden. Sollte Deutschland sein Engagement im Kampf gegen den Terror entsprechend aufstocken, so könnte Deutschlands Einfluss in Washington weiter wachsen: Angela Merkels Gemeinschaftsdiplomatie, ihr umsichtiges Vorgehen im Rahmen der G8 und im europäischen Rat und vor allem ihre Schrittmacherrolle bei den neuen globalen Fragen haben Obama beeindruckt.

Konstruktiver Internationalismus

Aber zunächst wird er alles tun, um zu vermeiden, dass amerikanische Führung während seiner Präsidentschaft mit Unilateralismus verwechselt wird. Sein Führungsstil signalisiert jetzt schon: Die USA werden künftig möglichst gemeinschaftlich Probleme lösen, aber diese nicht mehr unilateral auslösen. Präsident Obama wird schneller, offensiver und geschmeidiger als sein Vorgänger auf Freunde und Partner zugehen. Beim Klimawandel, bei der Terrorismusbekämpfung, aber vor allem in Afghanistan, im Irak und bei der Iran-Frage sind die USA auf Partner angewiesen. Konsequenterweise wird Obama nicht nur mehr regionale, sondern mehr globale Mitverantwortung von Freunden und Partnern einfordern. Präsident Obama wird dafür alle Varianten von Diplomatie entfalten: mehr ökonomische Mittel bereitstellen, die Auslandshilfe verbessern und Gemeinschaftsdiplomatie entwickeln. Er wird amerikanische Interessen effektiver ins Spiel bringen, aber er wird dabei auch Gespür für die nationalen Interessen und Sensibilitäten der anderen Völker und Nationen zeigen. Während für seinen Vorgänger Dialogbereitschaft im Kern nur Forderungen beinhaltete, wird Obama kooperativer und konsensbereiter verhandeln.

Konstruktiver Internationalismus könnte zum geflügelten Wort einer neuen Außenpolitik, einer zukünftigen „Obama-Doktrin“ werden, denn wie seine Vorgänger Truman, Eisenhower, Nixon, Carter und Bush, so könnte auch Präsident Obama geneigt sein, seine außenpolitischen Ideen und Ambitionen im *grand design* einer Doktrin vorzustellen.

Dominanz und Balance

Vor einer vergleichbaren Herausforderung standen die USA zuletzt zu Beginn der Siebzigerjahre im vergangenen Jahrhundert, als Präsident Nixon nicht wegen einer Überdehnung der Kräfte im Vietnamkrieg mehr regionale Eigenverantwortung der Partner einforderte, um die Kosten und Verpflichtungen der USA zu verringern. Wird Präsident Obama eine vergleichbare Doktrin entwickeln? Es ist nicht auszuschließen, ja sie deutet sich schon an, wenn er von den Verbündeten mehr globales Engagement fordert.

In diesem Sinne favorisiert Barack Obama analog zur Nixon-Doktrin ein multipolares Gleichgewichtssystem, das von den USA zentral gesteuert wird. Die USA als dominanter Balancer, als Spinne im Netz, sollen weiter die Fäden der Weltpolitik ziehen, Koalitionen schmieden und feindliche Gegenkoalitionen abwehren, um die Welt in einer amerikafreundlichen Balance zu halten: Auch Obama schwebt eine pentagonale Welt vor, die an das Gleichgewichtssystem des neunzehnten Jahrhunderts erinnert, in dem autoritäre Regime mit demokratisch-imperialen Mächten um Vorteil und Ausgleich rangen. Im einundzwanzigsten Jahrhundert dagegen werden die USA unter Führung von Präsident Obama das Kooperationsdreieck zwischen den USA, der Europäischen Union und Japan plus befreundeten asiatischen Mächten auszubalancieren suchen, während sie im Kräftedreieck USA–Russ-

land–Volksrepublik China stärker auf eigenen Vorteil bedacht sind.

Dabei bleibt Obamas Weltsicht widersprüchlich: Auf der einen Seite erkennt er die neuen globalen Herausforderungen und den überwältigenden Trend zur Multipolarität, der durch Amerikas Fehler und Schwächen beschleunigt wird, an, andererseits scheint er entschlossen, mit Unterstützung der Partner Amerikas überragende Weltmacht-Rolle wiederherstellen zu wollen. Bleiben also Unipolarität und imperiale Dominanz oder die Rolle des sanften Hegemons für Präsident Obama als Vorbild für die Rolle der USA erstrebenswert? Kann und soll Präsident Obama auch wieder für den Westen sprechen und handeln? Diese Frage wird wieder virulent, zum Beispiel in der Energiepolitik. Könnte es dann angesichts der wachsenden Energieknappheit zur Wiederauflage von sogenannten *great games* des neunzehnten Jahrhunderts kommen? Russlands neues energiepolitisches Selbstbewusstsein und die Abhängigkeit der westlichen Industrienationen von Russlands Energiequellen bilden kein gemeinsames Ruhekitzchen, sondern wirken sehr beunruhigend. Der Westen erscheint auf vielfältige Weise geschwächt, gespalten, in gewisser Weise auch ratlos angesichts der rasanten ökonomischen Talfahrt und angesichts energiepolitischer Abhängigkeiten. Umso größer ist die Hoffnung, dass eine neue amerikanische Führung die machtpolitische Balance zugunsten der autoritären Mächte wieder zugunsten des Westens verändern wird.

Hier zeigt sich das gemeinsame Anliegen der freiheitlichen Demokratien. Nicht nur die USA, auch die Verbündeten sind gefordert. Die Überforderungskrise, von Präsident Bush ausgelöst, ist schon lange keine rein amerikanische Krise mehr. Sie ist eine westliche und kann deshalb nicht nur von Präsident Obama, sondern muss gemeinsam geschultert werden. Nicht nur die USA müssen sich verändern,

wenn sie andere bewegen wollen, auch die Verbündeten, insbesondere die Europäer und nicht zuletzt die Deutschen, müssen sich verändern, müssen mehr internationale Mitverantwortung auch in risikoreichen Regionen schultern, wenn sie Obamas berechnete Forderung nach *change* mittragen und mitgestalten wollen. Gerade die Europäer müssen endlich aufwachen und begreifen, dass sich die Welt und die transatlantischen Beziehungen dramatisch verändern und nicht nur zugunsten des Westens. Wenn sie dies nicht tun, wird auch Obama wieder vorbehaltlos die Devise ausgeben: Gemeinsam, wenn möglich, und allein, wenn nötig. Vor allem im Zuge der sich vertiefenden weltwirtschaftlichen Krise und angesichts der dramatischen ökonomischen Schwäche der USA gibt es keine Alternative zur Kooperation, sonst droht allen eine Ära des Protektionismus mit dramatischen Folgen. Auch deshalb darf Obama mit seinen außenpolitischen Ambitionen von den Partnern und Freunden nicht alleingelassen werden.

Die Europäer müssen sich wieder stärker atlantisch ausrichten, nicht nur Krisen wittern und auf Distanz zu den USA gehen, sondern Chancen suchen und freundschaftlich handeln. Die Europäer müssen wieder erkennen, dass es im weltpolitischen Ringen zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts keine Alternative zu einem internationalen Ordnungsmodell gibt, in dem die USA nicht nur eine gestärkte, sondern die weltpolitisch führende und von den Partnern unterstützte Rolle spielen. Doch ist diese Sicht vielleicht zu optimistisch, denn im Enthusiasmus für Obamas *change* liegt schon der Keim für zukünftige, fast vorprogrammierte Enttäuschung, zumindest für Ernüchterung.

Bush hat schwere Fehler begangen, aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht alles von ihm falsch war. Darüber hinaus hat er außenpolitische

Tatsachen geschaffen, die Obama nicht negieren kann. Die Grundlagen für den Kampf gegen den Terror bleiben größtenteils unverrückbar. Der Krieg gegen die Taliban und gegen El Kaida wurde in Afghanistan richtig begonnen. Umgekehrt dürfen die Fehler und Versäumnisse der Europäer der vergangenen Jahre nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden. Was immer auch an Neuanfang in diesen Wochen apostrophiert wird, es sind alte Probleme und neue, unerwartete Geschehnisse und Krisen selbst, die die Agenda bestimmen werden.

Der Kampf gegen den Terror umspannt die Weltpolitik noch auf unbestimmte Zeit, doch ein Unglück kommt selten allein: Gesteigerter Energieverbrauch und eine erhöhte Abhängigkeit der Industriestaaten von Öl und Gas verstärken die schon existierende Unsicherheit. Der einstmalige starke und geeinte freiheitliche Westen erscheint deshalb heute in schlechterer Verfassung, während viele autoritäre Staaten nicht zuletzt wegen ihrer immensen Öl- und Gasvorkommen und ihrer neuen Wirtschaftskraft und Einflussmöglichkeiten an Macht gewonnen haben.

Die Ziele wie auch die Probleme amerikanischer Außenpolitik bleiben, aber die Mittel werden von der Regierung Obama klüger ausgewählt, und die Diplomatie wird geschmeidiger werden. Nach Lösung der immensen Probleme könnte unter Präsident Obama bald mehr Kontinuität als derzeit angenommen, aber auch mehr stilistischer Wandel erkennbar werden. Seine Führungsqualitäten könnten dann zu einer Renaissance amerikanischer Stärke und Werte in der Welt führen. Das wäre im Interesse der freien Welt, würde autoritäre Regime zu mehr Vorsicht und Rücksichtnahme zwingen und den armen und unterdrückten Völkern Hoffnung machen. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg mit vielen Unwägbarkeiten. Niemand weiß das besser als der amerikanische Präsident selbst.